Zeitschrift: Zivilschutz = Protection civile = Protezione civile
Herausgeber: Schweizerischer Zivilschutzverband
Band: 46 (1999)
Heft: 6

Artikel: Die innere Sicherheit ist brüchig geworden
Autor: Reinmann, Eduard
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-369147

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 11.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Sicherheitspolitisches Forum Zentralschweiz

Die innere Sicherheit ist brüchig geworden

«Was nützt die äussere Sicherheit, wenn die innere bedroht ist?» Unter diesem Hauptthema steht die diesjährige Veranstaltungsreihe des Sicherheitspolitischen Forums Zentralschweiz. An den beiden Mai-Veranstaltungen sprachen Divisionär Peter Regli, Unterstabschef Nachrichten, und Anton Widmer, Direktor Bundesamt für Polizeiwesen, über Hintergründe und Lösungsansätze sowie Jean-Daniel Gerber, Direktor Bundesamt für Flüchtlinge, über Migration und Asylwesen.

EDUARD REINMANN

«Sicherheit geht uns alle an und sie ist nicht zum Nulltarif zu haben», sagte Nationalrat Josef Leu, Präsident des Sicherheitspolitischen Forums, in seinen einleitenden Worten. Das Lagebild der inneren Sicherheit habe sich in den letzten Jahren stark geändert. Die Bedrohungen seien grenzüberschreitend geworden und Abgrenzungen nur schwer vorzunehmen. Leu: «Wir haben es mit einer sehr komplexen Materie zu tun und sehen uns vor eine Daueraufgabe gestellt.»

Maulkorb für Regli

Divisionär Peter Regli stand spürbar unter dem Druck der in jüngster Zeit gegen ihn gerichteten, aber noch keineswegs bewiesenen Vorwürfe sowie der aufgekommenen Kritiken. Er spreche ausschliesslich zur sicherheitspolitischen Lage im Ausland, betonte er. Denn der Nachrichtendienst dürfe sich nach höchsten Direktiven nur mit der äusseren Lage befassen. Regli findet diese Ein- bzw. Ausgrenzung zwar reichlich «seltsam», denn, so seine Worte: «Risiken und Gefahren machen vor unseren Grenzen nicht halt und sind eine der grossen Herausforderungen der Zukunft.»
Als aktuelle und zukünftige Gefahrenpotentiale nannte Regli: «Low-Tech-Konflikte», Proliferation von Massenvernichtungsmitteln, Terrorismus, organisierte Kriminalität aus dem Ausland, den islamischen Fundamentalismus, Bevölkerungsexplosion und Migration (wird zum Hauptproblem), die Verknappung der Rohstoffressourcen und der Energie und – ein von vielen noch gar nicht wahrgenommener Aspekt – die Informationsrevolution. Die in jede «Hütte» dringende Information sei letztlich eine der Triebfedern für den zunehmenden Migrationsdruck, sagte Regli und präzisierte: «Der schwarzafrikanische Kontinent ist ein Riesenreservat künftiger Migration.» Die umfassende Information führe auch dazu, dass der Druck des Volkes auf die Politiker wachse und dass manche Entscheide vor dem Hintergrund dieses Volksdrucks gefällt würden.
Bezüglich der Friedensbedrohung sei ganz klar erkenntlich, dass die sicherheitspolitischen Gefahren in Gesamteuropa von regionalen Konflikten ausgingen, führte Regli aus. In Europa gebe es nur eine Struktur, die zumindest versuche, ein wenig Ordnung zu schaffen. Das sei die Nato, die auch bei der Friedenssicherung und der humanitären Hilfe wirksam eingreife. Regli: «Auch in der Schweiz brauchen wir in Zukunft Soldaten, die ihr Handwerk verstehen und überdies im Friedensbereich tätig sind.» Das Anforderungsprofil für die Durchführung humanitärer und friedenserhaltender Operationen sowie kombinierter Kampfoperationen ist allerdings anspruchsvoll.

Uraufgabe des Staates

Ohne äussere Sicherheit gebe es auch keine innere Sicherheit, betonte Anton Widmer, Direktor des Bundesamtes für Polizeiwesen. Die Gewährleistung der Sicherheit sei indessen eine Uraufgabe des Staates. Widmer orientierte insbesondere über den Stand der inneren Sicherheit aus kriminalistischer Sicht. Es gebe keinen absoluten staatlichen Schutz, sagte er und verwies auf das Spannungsgefälle zwischen Freiheit und operativem Erfolg. Widmer: «Das Ausmass der Sicherheitsvorkehrungen ist eine Frage des erträglichen Risikos.»
Noch immer gehöre die Schweiz zu den sichersten Ländern in Europa, erinnerte Widmer. Die Kriminalität weise in einzelnen Bereichen sogar sinkende Tendenz auf, während andererseits eine deutliche Zunahme der Einbrüche zu verzeichnen sei: dies die Kehrseite des freien Personenverkehrs. Festzustellen sei auch eine steigende Gewaltbereitschaft, und die ohnehin schon überproportionale Kriminalitätsrate der Ausländer habe neue Höchstwerte erreicht.
Zu den möglichen Vorkehrungen, damit die kriminellen Risiken unter Kontrolle bleiben, konnte Widmer lediglich einige Rahmenbedingungen abstecken, wie wirtschaftliche, politische und humanitäre Massnahmen zur Befriedung umliegender Krisenherde, griffige Massnahmen in bezug auf die Strafverfolgung sowie spezialisierte Zusammenarbeit im Bereich der Bekämpfung schwerstkrimineller Verbrechensformen. Zukunftsperspektiven sind eine engere Zusammenarbeit mit der EU, Reformen im Innern und Ausbau der Bundesgerichtsbarkeit.

Migration und Asylwesen: Ist die Schweiz zu attraktiv?

Es ist nicht allein die grenzüberschreitende Kriminalität, die unsere Sicherheit bedroht. Auch der zunehmende Andrang von asylsuchenden Menschen wird von manchen als diffuse Bedrohung empfunden. Unter diesem Aspekt stand der zweite Vortrags- und Diskussionsabend des Sicherheitspolitischen Forums Zentralschweiz mit Jean-Daniel Gerber, seit 1997 Direktor des Bundesamtes für Flüchtlinge.
Forumspräsident Nationalrat Josef Leu fasste die «Volksmeinung» einleitend zusammen: «Bei aller Hilfsbereitschaft für Flüchtlinge und Notleidende machen sich in der Bevölkerung auch Ängste breit. Kriminalität, Fundamentalismus und die Sorge um Arbeitsplätze sind die am häufigsten vorgebrachten Bedenken gegen unsere humanitäre Tradition. Diese Ängste müssen in der derzeitigen Asylantendiskussion angesprochen werden können. In unserer Innenpolitik ist das Asylwesen ein hochsensibler Bereich.»

Schweiz ist weltweit Spitze

Die Schweiz ist für Asylsuchende ein (zu?) attraktives Land. Das belegte Jean-Daniel Gerber allein schon mit nüchternen Zahlen. Auf 100 000 Einwohner entfallen bei uns 538 Asylgesuche. Im «zweiten Rang» stehen die Niederlande mit 291 Gesuchen. Weitere europäische Staaten und erst recht die USA (mit ihrer harschen Kritik an der schweizerischen Flüchtlingspolitik des Zweiten Weltkrieges – die Redaktion) folgen unter «ferner liefen». Für 1999 hat allein der Bund 1,2 Milliarden Franken für das Asylwesen budgetiert. Ob dieser Betrag auch reichen wird, ist vorerst nicht abzusehen. Gerber drückte unter diesen Aspekten sein Erstaunen darüber aus,

dass von gewissen Kreisen mit Nachdruck eine noch liberalere Asylpolitik gefordert wird.

Asylland aus Tradition

Schon seit Jahren und auch jetzt kommen rund 50 Prozent aller Asylsuchenden oder 51 850 aus Jugoslawien in seiner ursprünglichen territorialen Ausdehnung. Man muss aber auch wissen, dass zudem über 180 000 Jugoslawen mit ordentlichen Aufenthaltsbewilligungen in unserem Land angesiedelt sind. Diese ziehen Asylsuchende geradezu an. Für Gerber steht jedoch ein anderer Aspekt im Vordergrund. «Die Schweiz bietet jedem Menschen Schutz, der an Leib und Leben gefährdet ist, und darauf dürfen wir stolz sein», sagte er. Er verwies auf die äusserst geringe Quote von Fehlurteilen bei der Prüfung von Asylgesuchen, betonte jedoch, dass es möglich sein müsse, Missbräuche im Asylwesen zu bekämpfen.

Das persönliche Beziehungsnetz ist bestimmt ein Grund für die Attraktivität des Asyllandes Schweiz. Hinzu kommt unter anderem, dass unser Land nicht der EU-Harmonisierung angeschlossen ist, dass Asylanten schon nach 3 bis 6 Monaten in den Arbeits- und damit Verdienstprozess eingegliedert werden können und dass sie freien Zugang zu medizinischen Leistungen haben.

Kosovo – was nun?

Aktuelles Thema ist gegenwärtig der Flüchtlingsandrang aus dem Kosovo. Laut Umfrageergebnissen sind derzeit knapp mehr als die Hälfte der Schweizerinnen und Schweizer der Meinung, dass in Anbetracht des herrschenden Elends die Schweiz noch etwas offener sein dürfte. «Die Unterbringung von grösseren Flüchtlingszahlen wäre kein grosses Problem», sagte Gerber. «Der Betreuung sind jedoch Grenzen gesetzt.» Hinsichtlich der Kosovo-Hilfe setzt Gerber ohnehin viel stärker auf Hilfe vor Ort. «Jeder in Albanien oder Mazedonien investierte Franken hat den 20mal grösseren Effekt, als wenn er in der Schweiz ins Flüchtlingswesen gesteckt würde.»

Druck auf liberale Schweiz

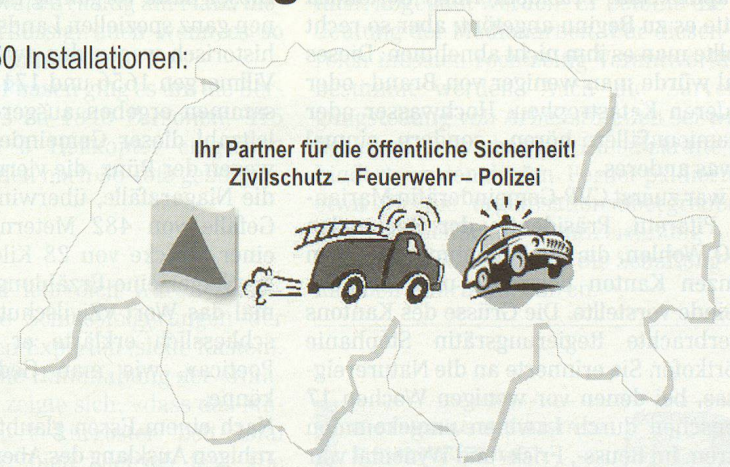
Trotz der nun seit Jahren anhaltenden Zuwanderung Asylsuchender, versuchte Gerber zu relativieren. Zurzeit sind gerade mal 6,3 Prozent der gesamten ausländischen Wohnbevölkerung in der Schweiz im Asylbereich angesiedelt. Die Schweiz sei schon immer ein Einwanderungsland gewesen und sei dies auch heute noch, sagte Gerber und fragte: «Hatte die Einwanderung schon je negative Auswirkungen?» Seine Antwort: «Von Einwanderungen hat unser Land immer gewonnen.» Gerber verwies aber auch auf die immer repressiver werdende Asylpolitik umliegender Länder. Dadurch nehme der Migrationsdruck auf unser Land zu, und der Ruf nach Repression werde auch in unserem Land lauter. Die Strategie, unser Land für Asylsuchende unattraktiv zu machen, stosse jedoch an humanitäre Grenzen. Der Weg zu Lösungsansätzen führe nur über die EU.

OM Computer Support AG

DIE Zivilschutz-Lösung für Ihre Organisation!

DIE leistungsstarke und effiziente Lösung mit über 250 Installationen:

- *Mannschaft / Kurse / Übungen*
- *Kursverwaltung für Ausbildungszentren*
- *ZUPLA inkl. Schutzraumbausteuerung*
- *Periodische Schutzraumkontrolle*
- *SR-Skizzen zeichnen*
- *CAD-Blockpläne*
- *Materialbewirtschaftung*



Wir präsentieren unsere zahlreichen Neuerungen und garantieren Ihnen mit dieser Software weniger Aufwand in Ihrer Organisation. Neugierig? Lassen Sie sich unsere Entwicklung zeigen. Testen und vergleichen Sie unsere Lösung. Fordern Sie *kostenlos* unsere ausführliche Dokumentation an oder *vereinbaren Sie noch heute* eine unverbindliche Vorführung! Melden Sie sich bei:

OM Computer Support AG · Mattenrain 17 · 6312 Steinhausen · Telefon 041 748 30 50 · Fax 041 748 30 55
E-Mail: info@omcomputer.ch · Homepage: www.omcomputer.ch

Alle Marken- und Produktenamen sind Warenzeichen der jeweiligen Rechtsinhaber und werden hiermit anerkannt.